Österreichischer Städtebund

# COVID-19 – Newsletter 39

25.06.2020

Noch immer stehen im Zentrum der derzeitigen Bemühungen der Städte und Gemeinden die drei Handlungsfelder:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig. Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen. Städten und Gemeinden kam eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung zu.
Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden. Nunmehr beginnt die zweite, ebenso bedeutsame und fordernde Phase des „*Hochfahrens*“ aller kommunalen Leistungen. Auch in den Mitgliedsstädten und -gemeinden des Österreichischen Städtebundes beginnt wieder der kommunale Alltag – wenn auch auf eine ganz neue Art und Weise.

Die wirtschaftlichen Folgen der notwendigen und erfolgreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung der Fallzahlen wirken sich bereits jetzt auf die Gemeinden aus. Für die Ertragsanteile, insbesondere in den Sommermonaten 2020, ist mit weiteren Einbrüchen, aber auch mit den sonstigen Erträgen der Gemeinden, wie der Kommunalsteuer, zu rechnen. Unsere derzeitige Priorität gilt der Sicherung der Liquidität der Städte und Gemeinden. Aber auch die, mit der Pandemie untrennbar verbundenen, organisatorischen, rechtlichen und sozialen Fragen beschäftigen uns in den letzten Tagen vermehrt. Genauso wie in der ersten Phase, werden die Städte und Gemeinden auch weiter auf die Unterstützung des Österreichischen Städtebundes zählen können. Der folgende Newsletter soll – wie bereits bisher – ein Begleiter im kommunalen Alltag sein und über derzeitige Entwicklungen und Problemlagen informieren sowie Maßnahmen, die bereits von einzelnen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen und Unternehmen gesetzt wurden, sammeln und aufzeigen.

**Wie bereits kommuniziert, wird der COVID-19-Newsletter des Österreichischen Städtebundes nunmehr in größeren zeitlichen Abständen bzw. anlassbezogen erscheinen. Für tagesaktuelle Informationen möchten wir Sie auf die COVID-19-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen** (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite)

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

**Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gehen wir es wieder an.**

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:
https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

## Inhaltsverzeichnis


Aktuelle Ereignisse und Problemlagen ..... 4

1. Aktuell im RIS ..... 4
2. Bisher sechs Cluster an Schulen und Kindergärten ..... 5
3. Armutskonferenz: Einmalzahlung für Arbeitslose ist gesetzlich als Sonderbedarf zu werten ..... 6
4. Arbeitsrechtliche Regeln für Auslandsreisen konkretisiert ..... 6
5. Sozialpartner fordern krisenfestes Gesundheitssystem ..... 7
6. Anzahl der Personen in Kurzarbeit sinkt unter 1 Million ..... 7
7. 22.000 Anmeldungen zu Sommerschule ..... 7
8. Tag des öffentlichen Dienstes (23.6.): Vizekanzler Kogler dankt Bediensteten für Beitrag in der Corona-Krise ..... 8
9. Internationaler Währungsfonds sagt stärkeren Einbruch der Weltwirtschaft voraus ..... 8
10. Umsatzsteuersenkung soll einfach umsetzbar werden ..... 8
11. Younion_Die Daseinsgewerkschaft startet Kampagne: Mehr Sparen können wir uns nicht leisten. ..... 8
12. Maskenpflicht für Gastronomie-Personal fällt ..... 9
13. Studie: "Wie lange muss ein Corona-Lockdown dauern?" ..... 9
14. Uber Movement gibt Aufschluss über Mobilität in Coronazeiten ..... 9

Aus den Bundesländern ..... 10

1. Land NÖ schnürt Kommunales Hilfspaket ..... 10
2. Land Steiermark präsentiert Gemeindekonjunkturpaket ..... 10
3. Vorarlberg: Bisher 13 Millionen Euro für Krisenbewältigung ..... 11
4. Beschäftigte in NÖ Kliniken erhalten Bonus ..... 11
5. Kärnten fordert vom Bund zinslose Kredite für Gemeinden ..... 11
6. Oberösterreich-Plan als Leitfaden aus der Coronakrise ..... 12

Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden sowie Anfragen und Interna ..... 13

1. Städtebund-Präsident Ludwig zum Tag der Daseinsvorsorge: Städtische Leistungen bieten Sicherheit in der Krise ..... 13
2. ANFRAGE zu Abstandsregeln im Gemeinderat sowie in Sitzungen von Abfallwirtschaftsverbänden ..... 13
3. Corona kostete St. Pölten fast 15 Millionen Euro ..... 14
4. Hygieneleitfaden für sichere Gemeinderats-Wahlen am 28. Juni ..... 15
5. Steiermark-Wahlen: Wahlbehörde empfiehlt Mundnasenschutz ..... 15
6. GVV Burgenland zur finanziellen Lage der Burgenländischen Gemeinden ..... 15
7. Gemeinden limitieren Badeteich-Karten ..... 15
8. ABC-Abwehreinheit in Stockerau im Einsatz ..... 16
9. Neuer Salzburg-Cluster: 14 Infizierte in einer Woche ..... 16
10. Wiener Gemeinderat fordert Amnestie für bestimmte Corona-Strafen ..... 16
11. Über 42 Prozent der BewohnerInnen von Ischgl haben Antikörper ..... 17
12. Antikörpertests in Reichenau: 6,5 Prozent haben Antikörper ..... 17

Grafik: Stadt Wien

Europa und International ..... 18

1. Deutscher Städte- und Gemeindebund warnt vor sozialen Konflikten durch Corona ..... 18
2. Städtische Bäder in Frankeich im Ausnahmemodus ..... 18
3. Studie: Zins- und Anlagemanagement in Zeiten digitaler Plattformen ..... 18
4. EuroComm Bericht zur Entwicklung der Infektionszahlen in Ost- und Südosteuropa ..... 19

Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel ..... 20

1. Online-BürgerInnendialog; Städtepartnerschaften in Zeiten der cov19-Krise ..... 20
2. Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC): ..... 20
3. Europäische Kommission: Europäische Strategie für cov19-Impfstoffe ..... 20
4. Europäisches Parlament: (Ausschüsse inkl. Abstimmungen bis auf weiteres mittels digitaler Fernteilnahme) ..... 20
5. Rat der EU ..... 21

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

# Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

## 1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **18. Juni 2020** herausgegeben:

**BGBl. II Nr. 268/2020**
Durchführung von Ergänzungsunterricht (Sommerschule 2020) während der Hauptferien des Schuljahres 2019/20 (C-SoSch-VO 2020)

**BGBl. II Nr. 269/2020**
Änderung der Verordnung über das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus SARS-CoV-2 Risikogebieten und der Verordnung über die Einreise nach Österreich in Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS-CoV-2

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **19. Juni 2020** herausgegeben:

**BGBl. II Nr. 270/2020**
Tierimpfstoff-Anwendungsverordnung 2020

**BGBl. II Nr. 271/2020**
Erklärung des Kollektivvertrages für den Verein Sozialwirtschaft Österreich – Verband der österreichischen Sozial- und Gesundheitsunternehmen (SWÖ) zur Satzung

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **22. Juni 2020** herausgegeben:

**BGBl. III Nr. 78/2020**
Geltungsbereich der Multilateralen Sondervereinbarung RID 1/2020 nach Abschnitt 1.5.1 RID über Bescheinigungen für Gefahrgutbeauftragte gemäß Unterabschnitt 1.8.3.7 RID

**BGBl. III Nr. 79/2020**
Geltungsbereich der Multilateralen Sondervereinbarung RID 2/2020 nach Abschnitt 1.5.1 RID über die wiederkehrenden Prüfungen oder Zwischenprüfungen von Tanks gemäß den Absätzen 6.8.2.4.2, 6.8.2.4.3, 6.8.3.4.6, 6.8.3.4.12, dem Unterabschnitt 6.9.5.2 und dem Abschnitt 6.10.4 des RID

**BGBl. III Nr. 80/2020**
Geltungsbereich des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

**BGBl. III Nr. 81/2020**
Geltungsbereich des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt

**BGBl. III Nr. 82/2020**
Geltungsbereich des Protokolls von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt

**BGBl. III Nr. 83/2020**
Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche

**BGBl. III Nr. 84/2020**
Anpassungen zum Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

**BGBl. III Nr. 85/2020**
Kundmachung der Anpassungen zum Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **24. Juni 2020** herausgegeben:

**BGBl. II Nr. 272/2020**
Änderung der Elektroaltgeräteverordnung (EAG-VO-Novelle 2020)

**BGBl. II Nr. 273/2020**
Änderung der Lehrberufsliste

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

**BGBl. II Nr. 274/2020**
Buchbindetechnik und Postpresstechnologie-Ausbildungsordnung

**BGBl. II Nr. 275/2020**
Änderung der Medizinproduktekaufmann/-frau-Ausbildungsordnung

**BGBl. II Nr. 276/2020**
Änderung der Kraftfahrzeugtechnik-Ausbildungsordnung

**BGBl. II Nr. 277/2020**
Fertigungsmesstechnik-Ausbildungsordnung

## 2. Bisher sechs Cluster an Schulen und Kindergärten

In Österreich dürften laut Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) Schulen und Kindergärten bei der Verbreitung des Coronavirus bisher keine wesentliche Rolle gespielt haben. Von 541 Clustern wurden nur sechs dem Setting Schule/Kindergarten zugeordnet (jeweils drei).
"Auf Basis der uns vorliegenden Daten gibt es keinen Hinweis, dass Kinder die 'Driver' der Epidemieverbreitung in Österreich sind", sagte AGES-Infektionsepidemiologin Daniela Schmid der APA. Ende letzter Woche wurden insgesamt 541 Cluster verzeichnet, denen 6.543 der insgesamt 17.189 Corona-Infektionen zuordenbar sind.
Die Schulen sind in Österreich nach wochenlangen Schließungen ab Mai stufenweise wieder geöffnet worden, die rund 700.000 PflichtschülerInnen sind vor gut einem Monat wieder in die Klassen zurückgekehrt. Seither findet Unterricht im Schichtbetrieb und unter Einhaltung von Abstandsregeln statt, auch die Kindergärten werden wieder stärker besucht. Der befürchtete Anstieg an Fällen ist bisher allerdings ausgeblieben. "Wir haben bis dato in Schulen oder Kindergarten keine 'superspreading events' registriert", so Schmid. Die Daten der AGES beziehen sich auf die Phase vor dem Lockdown und auf die Phase, in der die schrittweisen Lockerungen erfolgten.
Von den drei Schul- und drei Kindergartenclustern war laut Schmid nur bei einem der drei Schulcluster ein Schüler der "Quellenfall", wobei von diesem nur vier Folgefälle ausgegangen sein dürften. Bei den anderen fünf Kindergarten/Schul-Clustern wurden Familienmitglieder oder PädagogInnen als wahrscheinliche Quelle des Virus-Eintrags identifiziert. Die meisten Fälle bei Kindern und Jugendlichen wurden auch nur deshalb als Teil des Clusters erkannt, weil sie als Kontaktpersonen der Covid-19-Fälle von der Behörde getestet wurden.

Auf Basis der Beobachtungen hinsichtlich der Verbreitungsmuster bei Kindern unterscheidet sich das Coronavirus von jenem der typischen Kinder-Infektionskrankheiten wie Masern und Röteln. Diese treten typischerweise bei unzureichender Immunität als Ausbrüche mit hoher "Attack-Rate" in Kindergärten und Schulen auf.
Auch unabhängig von den Clustern in Institutionen zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche laut Schmid in Österreich deutlich geringer von Covid-19 betroffenen sind als Erwachsene: Von den bisher 17.189 identifizierten Personen mit bestätigter SARS-CoV-2 Infektion waren nur 693 (vier Prozent) unter 16 Jahre alt, wobei die Infektion hauptsächlich im gemeinsamen Haushalt oder bei Freizeitaktivitäten mit der Familie erfolgt ist. Von den 56 Fällen, die dem Clustersetting Schule/Kindergarten zugeordnet sind, traten nur 26 Fälle bei den Kindergartenkindern oder SchülerInnen auf.
Eine niedrige Zahl an aktuellen Infektionen mit dem neuen Coronavirus unter SchülerInnen zeichnet sich auch bei einer groß angelegten Untersuchung in Wien ab. Dabei handelt es sich um eine Initiative von KinderärztInnen um Zsolt Szepfalusi von der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde der Medizinischen Universität (MedUni) Wien und Thomas Frischer von der Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde des Wilhelminenspitals.
Unter bisher rund 1.000 getesteten SchülerInnen gab es nur zwei positive PCR-Tests, erklärte Frischer am Montag der APA. Er sei optimistisch, dass das Team die angestrebten rund 1.800 Testungen bis Anfang Juli durchführen könne. Im Rahmen der Untersuchung finden auch Blutabnahmen für Antikörpertestungen statt. Diese Ergebnisse, anhand derer auf die bisherige Durchseuchung innerhalb der untersuchten Gruppe geschlossen werden kann, werden voraussichtlich erst Ende des Sommer vorliegen, so Frischer.

Welche Rolle Kinder bei der Verbreitung des Coronavirus spielen, ist noch nicht ausreichend verstanden. Diverse Studien liefern allerdings Hinweise, dass Kinder sich seltener infizieren, an der Infektion erkranken und auch eine untergeordnete Rolle als Überträger spielen dürften. Es wird angenommen, dass Kinder einen natürlichen Schutz gegenüber der Infektion mit SARS-CoV-2 haben könnten, sagte Schmid.

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

Eines der Erklärungsmodelle hierfür ist, dass bestimmte Andockstellen wie der ACE2-Rezeptor, an dem das SARS-CoV-2-Spike-Protein bindet, in dieser Altersgruppe noch nicht ausreichend vorhanden sind. Kommt es dennoch zur ausreichenden Virusvermehrung, können aber auch Kinder erkranken, vereinzelt sogar auch schwer, und andere Menschen anstecken - und zwar in einem ähnlichen Ausmaß wie Erwachsene.

## 3. Armutskonferenz: Einmalzahlung für Arbeitslose ist gesetzlich als Sonderbedarf zu werten

„Wir hätten uns alle eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes gewünscht, aber jetzt müssen wir zumindest sicherstellen, dass die Einmalzahlung bei den Betroffenen ankommt. Gesetzlich ist es möglich und geboten, dass die angekündigte Einmalzahlung für Arbeitslose nicht von den Mindestsicherung/Sozialhilfegesetzen der Länder geschluckt wird“, so die Armutskonferenz.
Die Einmalzahlung beim Arbeitslosengeld ist bei der Berechnung der Sozialhilfe eindeutig als Sonderbedarf zu werten. Sowohl im Gesetz als auch in den Erläuterungen dazu steht: "Personen, die infolge der Corona-Pandemie längere Zeit arbeitslos sind, erhalten als Hilfe in dieser besonderen Lebenslage eine Einmalzahlung. Diese Einmalzahlung soll einen Beitrag leisten, um die Zeit bis zur Wiedererlangung einer neuen Beschäftigung leichter überbrücken zu können. Die Länder können die Einmalzahlung als Leistung gemäß §7 Abs.5 Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bezeichnen."
Im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz heißt es (§7 Abs.5): „Eine Anrechnung von öffentlichen Mitteln hat insoweit zu unterbleiben, als diese der Deckung eines Sonderbedarfs dienen, der nicht durch Leistungen der Sozialhilfe im Sinne dieses Bundesgesetzes berücksichtigt wird. Dies gilt insbesondere für Leistungen, die aufgrund von Behinderung oder eines Pflegebedarfs des Bezugsberechtigten gewährt werden. Die Landesgesetzgebung hat diese Leistungen im Einzelnen zu bezeichnen.“
„Insbesondere“ bedeutet, dass neben Behinderung oder Pflegebedarf die Länder weitere Ausnahmen für Sonderbedarf vorsehen können. Während die Notstandshilfe / das Arbeitslosengeld der Bestreitung des allgemeinen Lebensunterhalts dient, hat der Bundesgesetzgeber das COVID-Sonderarbeitslosengeld einen bestimmten Zweck („zusätzliche Maßnahmen zur Abfederung von sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise“) gewidmet. Der Landesgesetzgeber darf zwar eine Anrechnung der Notstandshilfe / des Arbeitslosengeldes vorsehen, weil es wie die Mindestsicherung der Deckung des allgemeinen Lebensunterhalts dient. Hingegen muss die Anrechnung des COVID-Sonderarbeitslosengeldes unterbleiben, weil es einem anderen Zweck, nämlich der Abfederung der COVID-19 Krise gewidmet ist.
Die Armutskonferenz erwartet sich, dass die Landesgesetzgeber schon im Lichte des verfassungsrechtlichen Berücksichtigungsgebotes die Ausnahmebestimmungen unverzüglich erlassen.

## 4. Arbeitsrechtliche Regeln für Auslandsreisen konkretisiert

Ob und unter welchen Bedingungen ArbeitnehmerInnen im Ausland Urlaub machen dürfen und ob man nachher im Falle einer Coronavirus-Erkrankung um das Gehalt fürchten muss, wurde in den letzten Wochen von ArbeitsrechtlerInnen rege diskutiert. Das Arbeitsministerium traf sich gestern mit den Sozialpartnern, um die Rechtslage zu konkretisieren. Gemeinsam mit Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, ÖGB und Industriellenvereinigung kam das Ministerium zu dem Ergebnis, dass sich ein Arbeitnehmer in der Regel nicht sorgen müsse, nicht bezahlt zu werden, wenn er im Ausland Urlaub macht, sich an die dortigen Coronavirus-Auflagen hält und dann an Covid-19 erkrankt.
„Sowohl beim Urlaub in Österreich als auch im Ausland gilt: Hält man sich an die landesüblichen Covid-Vorsichtsbestimmungen, wird man in der Regel keine Probleme mit der Entgeltfortzahlung bekommen“, heißt es in einer Aussendung des Ministeriums. Bei grob fahrlässigem Verhalten könne es jedoch Probleme bei der Entgeltfortzahlung geben, so Arbeitsministerin Christine Aschbacher gegenüber dem Ö1-Morgenjournal, etwa dann, wenn man „gemeinsam aus einem Gefäß“ trinke „bei einer Party am Strand“, so die Ministerin.

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

Keine Sicherung der Entgeltfortzahlung gebe es jedoch, wenn ArbeitnehmerInnen in einem Land mit Reisewarnstufe fünf oder sechs urlauben, so das Ministerium. Das gilt in der EU aktuell für Schweden, Großbritannien und Portugal sowie für die italienische Region Lombardei und für das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfahlen.
Ein Entlassungsgrund liege im Falle einer Erkrankung aber nicht vor. Generell kann der Arbeitgeber „eine Reise ins Ausland nicht verbieten oder als Entlassungsgrund heranziehen“, so das Ministerium.
Bei einem Urlaub in Österreich sei die Entgeltfortzahlung durch das Epidemiegesetz gesichert. Es soll auch auf der Ministeriumswebsite ein Handbuch mit den konkretisierten Regeln geben.
Ein anschließendes Gesetz brauche es aber nicht mehr sagte ein Ministeriumssprecher zur APA.

Das am heutigen Donnerstag veröffentlichte „Handbuch COVID-19: Urlaub und Entgeltfortzahlung“ finden Sie unter folgendem Link: https://www.bmafj.gv.at/Services/News/Handbuch-COVID-19_Urlaub-und-Entgeltfortzahlung.html

## 5. Sozialpartner fordern krisenfestes Gesundheitssystem

Gewerkschaften sowie Arbeiter- und Ärztekammer appellieren an die Regierung, die öffentliche und politische Aufmerksamkeit für ein krisenfestes Gesundheits- und Pflegesystem aufrechtzuerhalten. Die aktuelle Pandemie habe dessen Wichtigkeit einmal mehr aufgezeigt, hieß es am Dienstag, dem 23.6. (UN-Tag der Daseinsvorsorge) in einer Aussendung. In einem Videoappell unter www.offensivegesundheit.at kommen Beschäftigte selbst zu Wort.
"Mehr von uns, besser für alle", lautet das Motto des gemeinsamen Appells der Sozialpartner. Die Initiative fordert neben der dringenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen bundesweit einheitliche Personalbedarfsberechnungsmethoden für alle Spitäler und Pflegeeinrichtungen. Auch eine Offensive in der Aus- und Weiterbildung zur Sicherstellung von ausreichend Fachpersonal ist ihnen ein Anliegen. Der Videoappell richtet sich vor allem an Gesundheitsminister Rudolf Anschober sowie Finanzminister Gernot Blümel. "Lassen Sie Worten Taten folgen. Es ist Zeit zu handeln", lautet die Forderung der "Offensive Gesundheit" an die Politik.

## 6. Anzahl der Personen in Kurzarbeit sinkt unter 1 Million

Zum ersten Mal seit dem Höhepunkt der Coronakrise liegt die Zahl der Kurzarbeiter in Österreich wieder unter einer Million. Aktuell befinden sich noch 812.745 Menschen in 58.500 Firmen in Kurzarbeit, berichtete Arbeitsministerin Christine Aschbacher am Dienstag. Damit sind rund 326.000 Personen weniger in Kurzarbeit als in der Vorwoche.
Erst 17.000 der insgesamt 110.000 Firmen hätten die Kurzarbeit für weitere drei Monate beantragt.
Unternehmen, die mit 1. März Kurzarbeit eingeführt haben, bleibt noch eine Woche Zeit, diese zu verlängern. Auch die Arbeitslosenzahlen gehen weiter zurück. Derzeit sind 422.765 Personen beim AMS arbeitslos gemeldet und 47.611 Personen befinden sich in Schulung. In Summe sind das 470.376 und 10.520 weniger als in der Vorwoche. Im Vergleich zum Höhepunkt der Krise Mitte April ist das ein Rückgang von 118.000 Personen.

## 7. 22.000 Anmeldungen zu Sommerschule

Knapp 22.000 Kinder sind für die neuen Sommerschulen angemeldet worden, das ist etwas mehr als die Hälfte der potenziell infrage kommenden 41.000 SchülerInnen. Damit findet in den letzten beiden Ferienwochen an knapp 400 Standorten in Österreich in 1.700 Gruppen Deutschförderung statt, hieß es aus dem Bildungsministerium gegenüber der APA. Das sei ein „überraschend positives Ergebnis“.

Mehr dazu: https://orf.at//stories/3170965/

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

## 8. Tag des öffentlichen Dienstes (23.6.): Vizekanzler Kogler dankt Bediensteten für Beitrag in der Corona-Krise

"Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bundesministerien sind seit Beginn der Corona-Krise in den Krisen- und Beratungsstäben in wichtigen Funktionen tätig. Ihr Einsatz ist zur Krisenbewältigung unverzichtbar. Vor allem Kolleginnen und Kollegen in den weiteren Bereichen der öffentlichen Verwaltung – wie etwa das Gesundheits- und Pflegepersonal, Polizistinnen und Polizisten oder Lehrerinnen und Lehrer – haben in der Krisenzeit mit ihrem vollen Einsatz den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewahrt", betont der Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst, Werner Kogler. "Ihnen allen danke ich aufrichtig für die Mithilfe und Ihren Beitrag."
Durch die Corona-Krise kam es in der gesamten Arbeitswelt zu bedeutenden Veränderungen, von denen auch der öffentliche Dienst nicht unberührt geblieben ist. "Die rund 135.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bundesdienst waren an verschiedenen Stellen im Einsatz. Zwei Drittel von ihnen haben ihre Aufgaben im Home-Office mit gleichbleibendem Output erfüllt", unterstreicht Kogler. "Mit Mut und Zuversicht arbeiten wir an der Bewältigung der Gesundheitskrise. Die öffentlich Bediensteten leisteten und leisten noch immer Großartiges und verdienen unsere größte Anerkennung."

## 9. Internationaler Währungsfonds sagt stärkeren Einbruch der Weltwirtschaft voraus

Die Weltwirtschaft wird dieses Jahr nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) wegen der Coronavirus-Krise noch viel stärker schrumpfen als ohnehin schon gedacht. Die Weltwirtschaft dürfte 2020 um 4,9 Prozent schrumpfen. Noch im April war der IWF von einem Minus von 3,0 Prozent ausgegangen, was bereits der schlimmsten Rezession seit der Großen Depression in den 1930er Jahren entsprach. 2021 erwartet der IWF ein Wachstum der Weltwirtschaft von 5,4 Prozent. Das sind 0,4 Punkte weniger als im April.

Mehr dazu: https://orf.at//stories/3170917/

## 10. Umsatzsteuersenkung soll einfach umsetzbar werden

Die Senkung der Umsatzsteuer auf 5 Prozent in ausgewählten Bereichen, die bei der Regierungsklausur kürzlich beschlossen worden ist, soll "kein Bürokratiemonster" und einfach umsetzbar werden, betont das Finanzministerium. Damit der steuerliche Vorteil tatsächlich dort ankommt, wo er ankommen soll, stünden Experten des Ministeriums im Austausch mit Branchenvertretern, Steuerberatern und Firmen. Der entsprechende Erlass soll noch eine weitere Vereinfachung bringen. So kann der Ausweis des ermäßigten Steuersatzes von 5 Prozent auch durch eine entsprechende Textanmerkung auf dem Beleg erfolgen. Eine händische Korrektur bzw. eine Korrektur mittels eines Stempels auf dem Beleg reicht. So brauchen Betriebe die Registrierkassa nicht umstellen. Alleine in der Gastronomie wird mit einem Entlastungsvolumen von 700 Millionen Euro bis Jahresende gerechnet.

## 11. Younion_Die Daseinsgewerkschaft startet Kampagne: Mehr Sparen können wir uns nicht leisten.

Die Städte und Gemeinden tragen die Hauptlast der Krise, sie sind es, die zum größten Teil diese systemrelevanten Dienste wie zB Kinderbetreuung, Rettungs- und Feuerwehrwesen, Schulerhaltung, Spitalsfinanzierung, Abwasser- und Wasserversorgung, öffentlichen Verkehr und vieles mehr organisieren und bereitstellen. Insgesamt ist mit einem Einnahmenverlust und zusätzlichen Krisenausgaben in der Höhe von bis zu 2,2 Milliarden Euro für Städte und Gemeinden zu rechnen.

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

Die Finanzierung und Erbringung zahlreicher kommunaler Dienstleistungen ist dadurch gefährdet. Mit unserer Kampagne „MEHR SPAREN KÖNNEN WIR UNS NICHT LEISTEN“ präsentiert die Gewerkschaft gesellschaftlich nachhaltige Wege aus der Krise. Das vollständige Forderungspapier finden Sie in **Beilage1** sowie weiterführende Informationen unter www.younion.at

## 12. Maskenpflicht für Gastronomie-Personal fällt

Die Regierung hat am Mittwoch nach dem Ministerrat in Sachen Coronavirus weitere Lockerungsschritte für den Sommer und die Professionalisierung des Containments, also der Eindämmung von Fällen und der Verhinderung der Ausbreitung, angekündigt. Die nächsten Lockerungen beziehen sich auf Gastronomie und Veranstaltungen. In der Gastronomie fällt Anfang Juli für Kellnerinnen und Kellner die Maskenpflicht, wie Kanzler Sebastian Kurz ankündigte.

Mehr dazu: https://orf.at/stories/3170856/

## 13. Studie: "Wie lange muss ein Corona-Lockdown dauern?"

Eine Studie der Universität Tillburg beschäftigt sich mit der Frage, wie lange ein Corona-Lockdown dauern muss um effektiv zu sein. Dabe wurden wirtschaftliche und soziale Komponenten mathematisch dargestellt. Dies führt in letzter Konsequenz zur Frage was ein Menschenleben wirtschaftlich wert ist. An der Studie war auch die TU Wien beteiligt.

Die vollständige Studie sowie eine kurze Zusammenfassung finden Sie unter folgendem Link:
https://www.tilburguniversity.edu/magazine/how-long-does-lockown-have-last

## 14. Uber Movement gibt Aufschluss über Mobilität in Coronazeiten

Im Rahmen des Engagements für Städte und Gemeinden hat Uber 2017 Uber Movement vorgestellt. Nach Großstädten wie Sydney, Boston, Paris, Amsterdam, Berlin und London ist das Tool, das relevante Rückschlüsse auf das Mobilitätsverhalten einer Stadt zulässt, nun auch für Wien verfügbar. Die öffentliche Website, auf der alle Daten kostenlos zur Verfügung stehen und heruntergeladen werden können, kann von Stadtplanern, Behörden, Forschungsinstitutionen aber auch der interessierten Öffentlichkeit genutzt werden. Ziel ist es, Städte bei der Planung von neuen Infrastrukturmaßnahmen zu unterstützen sowie Verbesserungspotenziale im bestehenden System aufzuzeigen. Auch kurzfristige Verhaltensveränderungen, beispielsweise durch die Coronakrise, werden mit dem Tool sichtbar.
“Um zu demonstrieren, welche Einblicke Uber Movement Städten geben kann, haben wir einerseits das Mobilitätsverhalten während der Coronakrise analysiert, andererseits Großbaustellen wie jene auf der Linken Wienzeile vergangenes Jahr genauer untersucht”, so Martin Essl von Uber Österreich. “Sieht man sich die Reisezeiten in den Vergleichszeiträumen genau an, so sieht man, dass das Gebiet rund um die Baustelle erwartungsgemäß am stärksten betroffen war mit einer durchschnittlich höheren Fahrtdauer von fast 40 Prozent vom Stadtzentrum. Nach Beendigung sind sie auf das Niveau vor Umbau zurückgegangen.” Die Coronakrise hat den Verkehr noch viel großflächiger beeinflusst: Reisezeiten haben sich teilweise um mehr als 30 Prozent reduziert. Ob und wie sich das Mobilitätsverhalten in Wien aufgrund von Corona verändert, wird in den nächsten Wochen und Monaten sichtbar sein.
Alle Daten in Uber Movement sind anonymisiert, um die Privatsphäre von FahrerInnen und Fahrgästen zu schützen. Die aggregierten, anonymisierten Daten lassen keinerlei Rückschlüsse auf einzelne Fahrten und personenbezogene Daten zu.

Mehr dazu: https://movement.uber.com/explore/vienna

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

# Aus den Bundesländern

## 1. Land NÖ schnürt Kommunales Hilfspaket

Im Rahmen einer Pressekonferenz im Landhaus in St. Pölten informierte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner heute, Dienstag, gemeinsam mit Finanz-Landesrat Ludwig Schleritzko, Alfred Riedl, Präsident des Niederösterreichischen Gemeindebundes, und Matthias Stadler, Vorsitzender des Niederösterreichischen Städtebundes, zum „NÖ Gemeindepaket". Die Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem Land Niederösterreich und den Gemeinden fand im Vorfeld statt.

Aktuellen Prognosen zufolge koste die Coronavirus-Krise dem Land Niederösterreich im Jahr 2020 über 400 Millionen Euro, betonte die Landeshauptfrau, dass man darauf rechtzeitig reagiert habe und frisches Geld vom Kapitalmarkt hole, um die Leistungen und Projekte ohne Abstriche durchzuführen. Das gelte sowohl für das Jahr 2020 als auch für das Jahr 2021, die Entscheidung finde sich auch im Budget wieder, das letzte Woche im Landtag beschlossen worden sei. Damit wolle man den Unternehmen sowie den ArbeitnehmerInnen Sicherheit geben, es gelte die Wirtschaftskraft zu stärken und Arbeitsplätze abzusichern bzw. neue zu generieren. „Entscheidend ist, dass auch unsere 573 Städte und Gemeinden im Land auch in Zukunft investieren können", führte Mikl-Leitner aus.
Insgesamt gehe es bei dem Kraftpaket um ein Volumen von 836,5 Millionen Euro, damit verfolge man drei Zielsetzungen, so Mikl-Leitner: „Zum ersten wollen wir die Liquidität der Gemeinden sichern, zum zweiten wollen wir damit Investitionen auslösen und zum dritten wollen wir Städte und Gemeinden krisenfester machen." Insgesamt bestehe das NÖ Gemeindepaket aus acht Teilen: „Es geht hier etwa um einen Umlagen-Zuschuss, Projektförderungen oder Kreditstundungen. Ein wichtiger Eckpfeiler ist die Ausschüttung der Bedarfszuweisungen", führte die Landeshauptfrau aus, dass 52 Millionen Euro bereits im April ausgeschüttet worden seien, weitere rund 160 Millionen Euro werde es heuer noch geben, damit die Gemeinden ihr Projekte umsetzen können.

NÖ Städtebund-Vorsitzender Matthias Stadler führte aus, dass man sehe, wie die Einnahmen in Städten und Gemeinden schwinden, man wolle aber Investitionen nicht zurückfahren oder auf Nachbesetzungen beim Personal verzichten – die Gemeinden seien hier ohnehin schon sehr effizient aufgestellt. Dass bei den Ertragsanteilen ein Minus übrigbleibe, unterstreiche den Handlungsbedarf, betonte Stadler, dass es unterschiedliche Notwendigkeiten gebe. „Das NÖ Gemeindepaket bietet für viele Gemeinden eine Bandbreite an Unterstützungen", meinte Stadler, dass Städte und Gemeinden ihren Weg dabei finden müssten. „Gemeinden und Städte sind die größten Investoren", es sei ein falscher Weg Investitionen zurückzuhalten, man befinde sich aber in einem Spannungsfeld von Liquidität und Investition und daher sei Liquiditätssicherung „ein wichtiger und entscheidender Faktor". Er sei froh über das Paket, das nun geschnürt worden sei und das vor dem Sommer – damit könne man verschiedenste Ängste der Städte und Gemeinden (zumindest in Niederösterreich) nehmen.

Mehr dazu: http://www.noe.gv.at/noe/Kommunales_Kraftpaket_in_blau-gelb_geschnuert.html

## 2. Land Steiermark präsentiert Gemeindekonjunkturpaket

Heute Vormittag (25.6.2020) präsentierte Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Anton Lang sowie dem Präsidenten des Gemeindebundes Erwin Dirnberger und dem Vorsitzen des Städtebundes Kurt Wallner im Weißen Saal der Grazer Burg ein Gemeindepaket zur Sicherstellung der Liquidität und zur Unterstützung bei Investitionen in wichtige Projekte. Damit soll die Wirtschaft angekurbelt und Arbeitsplätze gesichert werden. Insgesamt werden dabei Mittel in der Höhe von rund einer Milliarde Euro bewegt. Schwerpunkte des Paketes sind ein Zuschuss zu Investitionen (um den Eigenanteil von derzeit 50 % zu reduzieren) sowie die Sicherstellung der Liquidität.

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

Städtebund Vorsitzender Kurt Wallner dazu: "Die Städte könnten nun Förderungen auch tatsächlich vom Bund abholen und wichtige Vorhaben fertigstellen." Es gehe auch nicht nur darum, Infrastruktur zu errichten, sondern auch zu erhalten, spätestens nach 25 Jahren müsse man alles erneuern, Sanierungen bei Brücken seien kaum aufzuschieben. Wallner führte aus, dass man in Leoben 7 bis 8 Mio. Euro für Projekte hätte einsparen müssen. Nun habe man wenigstens 4 Mio. Euro zur Verfügung.

Nähere Informationen zum Gemeindekonjunkturpaket des Landes Steiermark finden Sie in **Beilage2**

## 3. Vorarlberg: Bisher 13 Millionen Euro für Krisenbewältigung

Das Land Vorarlberg hat bisher 13 Millionen Euro aufgewendet, um die Krise bestmöglich zu bewältigen. Der allergrößte Teil der Ausgaben betrifft die Hilfe für die Tourismus- und Gastronomiebetriebe. Bisher wurden in diesem Bereich 9,9 Millionen Euro an Hilfsgeldern ausgezahlt.

Mehr dazu: https://vorarlberg.orf.at/stories/3054040/

## 4. Beschäftigte in NÖ Kliniken erhalten Bonus

Auf die in Zeiten des Coronavirus stark geforderten MitarbeiterInnen der niederösterreichischen Landeskliniken und Pflegeheime wartet laut Medienberichten vom Sonntag eine Extra-Vergütung. Es gebe jedenfalls einen Urlaubstag oder 275 Euro. Laut "Kurier" haben sich die Führung der Landesgesundheitsagentur (LGA) und der Zentralbetriebsrat darauf geeinigt. Konkret gebe es für jeden Beschäftigten einen zusätzlichen Urlaubstag. Für all jene, die unmittelbare Corona-Einsätze hatten, komme ein weiterer hinzu, schrieb der "Kurier". Es liege nun im Ermessen der MitarbeiterInnen, ob sie den zusätzlichen Urlaub konsumieren oder sich dafür den entsprechenden Geldbetrag auszahlen lassen. Das wären dann 275 bzw. 550 Euro für den Einsatz in den vergangenen Monaten, so LGA-Vorstand Konrad Kogler. "Wir wollen unseren 27.000 MitarbeiterInnen nicht nur mit Worten Danke sagen, sondern auch mit einem Bonus", sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner laut ORF Niederösterreich.

## 5. Kärnten fordert vom Bund zinslose Kredite für Gemeinden

Die Corona-Krise hat auch auf die Gemeinden dramatische Auswirkungen. Ausfälle von Ertragsanteilen und Steuern belasten die Budgets und erschweren wichtige Investitionen. Das Kommunale Investitionsprogramm des Bundes ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Pferdefuß dabei: Gemeinden können diese aber nur dann abrufen, wenn sie sich den 50-prozentigen Eigenfinanzierungsanteil leisten können. „Es muss daher für die Gemeinden die Möglichkeit geschaffen werden, bei der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) zinsfreie Darlehen aufzunehmen, damit Gemeinden nicht in Liquiditätsschwierigkeiten geraten“, fordern LH Peter Kaiser, LHStv.in Gaby Schaunig und LR Daniel Fellner von der Österreichischen Bundesregierung.
Sie folgen mit der dem Bundeskanzleramt in schriftlicher Form übermittelten Aufforderung an die Bundesregierung einem einstimmig beschlossenen Dringlichkeitsantrag des Kärntner Landtages. „Das Kommunale Investitionsprogramm des Bundes ist durchaus eine Chance, um sinnvolle Investitionen, die ohnehin in den nächsten Jahren geplant gewesen wären, vorzeitig umzusetzen. Das kurbelt die regionale Wirtschaft an, das schafft Arbeitsplätze. Aber nur, wenn die Gemeinden sich diese Investitionen auch leisten können“, begründet Kaiser.

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

## 6. Oberösterreich-Plan als Leitfaden aus der Coronakrise

Das Land Oberösterreich will mit einem "Oberösterreich-Plan" die Route aus der Coronakrise festlegen. Jeder ist eingeladen, Ideen zu liefern, mit Experten und Stakeholdern soll der Plan bis Herbst fertiggestellt und von der Politik im Dezember beschlossen werden. Schwerpunkte sollen entlang der Stärken des Bundeslands wie Exportorientierung, Industrie, Start-up-Szene und Regionalisierung liegen.
Digitalisierung, Klimawandel und nachhaltiges Gestalten und Wirtschaften nannte Landeshauptmann Thomas Stelzer in einer Pressekonferenz mit seinem Stellvertreter Manfred Haimbuchner und Standortlandesrat Markus Achleitner am Montag in Linz als die Herausforderungen. Das Budget für dieses längerfristig gedachte Projekt sei offen, "natürlich wird es etwas kosten", meinte Stelzer, der betonte, dass auch die Bundespakete Auswirkungen auf Land und Gemeinden, mit entgangenen Einnahmen von 570 bzw. 300 Mio. Euro, hätten.
"Wir wollen uns in Oberösterreich schneller und stärker entwickeln als andere", gab Stelzer vor. Zu den ExpertInnen, die abgesehen von den Sozialpartnern und anderen Stakeholdern in Oberösterreich an der Entwicklung teilnehmen werden, gehören laut Achleitner der langjährige Google-Sicherheitschef Gerhard Eschelbeck und FFG-Geschäftsführerin Henrietta Egerth. Online kann man sich über www.ooe-zukunftsakademie.at beteiligen, nach ExpertInnen-Workshops im Juli sollen bis in den Herbst konkrete Maßnahmen ausgearbeitet werden.

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

# Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden sowie Anfragen und Interna

## 1. Städtebund-Präsident Ludwig zum Tag der Daseinsvorsorge: Städtische Leistungen bieten Sicherheit in der Krise

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, aber auch soziale Dienste, Pflege und Verkehr – all diese Leistungen tragen wesentlich dazu bei, dass Österreichs Städte für die Bürgerinnen und Bürger in dieser schwierigen Zeit funktionieren“, sagte Bürgermeister Michael Ludwig, Präsident des Österreichischen Städtebundes, anlässlich des heutigen Tages der Daseinsvorsorge.
Dass die kommunale Infrastruktur das besondere Vertrauen der Bevölkerung genießt, beweisen die Ergebnisse des SORA-Städtebarometers, das alljährlich durch den Städtebund beauftragt wird. Daraus geht hervor, dass über 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Leistungen wie Wasserversorgung oder Müllentsorgung schätzen, 80 Prozent ist wichtig, dass diese Leistungen in städtischer Hand bleiben. Sie bildet das Rückgrat für einen Alltag, der auch nach der Aufhebung der strengen Corona-Maßnahmen von Unsicherheit, insbesondere finanzieller Unsicherheit, geprägt ist. Eine funktionierende Grundversorgung ist daher auch vertrauensbildend für alle Bürgerinnen und Bürger“, so Ludwig.
Ludwig dankte den mehr als 70.000 Gemeindebediensteten in ganz Österreich, die zuletzt während der Corona-Maßnahmen unter schwierigen Bedingungen ihren Dienst versehen haben und dies Tag für Tag weiterhin tun. „Sie alle tragen nicht nur zum Funktionieren unseres Alltags bei, sondern auch zum sozialen Zusammenhalt in unserem Land“, sagte Ludwig.
Er begrüßte das Kommunale Investitionspaket (KIG) und mahnte nochmals ein, dass es ohne Akuthilfe für viele Städte und Gemeinden nicht möglich sein werde, die bereitgestellten Finanzzuschüsse abzuholen: „Als Ausgleich für die eingebrochene Kommunalsteuer und die verringerten Ertragsanteile erwarten wir vom Bund eine Ausgleichzahlung von einer weiteren Milliarde, um unserer Rolle als wichtigster heimischer Investor weiter nachkommen zu können“, schloss Ludwig.

## 2. ANFRAGE zu Abstandsregeln im Gemeinderat sowie in Sitzungen von Abfallwirtschaftsverbänden

Den Österreichischen Städtebund erreichte folgende Anfrage zu Auslegung der COVID-19-Lockerungsverordnung:

Gemäß § 1 Abs. 1 der COVID-19-Lockerungsverordnung ist beim Betreten öffentlicher Ort gegenüber Personen, die nicht im gemeinsamen Haushalt leben, ein Abstand von mindestens einem Meter einzuhalten. § 11 Abs. 1 Z 3 dieser Verordnung hält fest, dass diese Verordnung nicht für Tätigkeiten im Wirkungsbereich der Organe der Gesetzgebung und Vollziehung gilt.
Die Frage ist daher wie es sich bei Sitzungen des Gemeinderates oder des Gemeindevorstandes verhält? Kommen bei diesen Sitzungen die Regelungen hinsichtlich des Mindestabstandes zur Anwendung oder ist die Ausnahme gemäß § 11 anzuwenden? Prinzipiell ist eine Gemeinde bzw. das Gremium Gemeinderat oder Gemeindevorstand ein Organ der Gesetzgebung und Vollziehung.
Des Weiteren wie verhält es sich bei Sitzungen eines Abfallwirtschaftsverbandes? Ist es richtig, dass diese nicht als Organ der Gesetzgebung und Vollziehung zu qualifizieren sind und die Abstandsvorschriften in jedem Fall gelten?
Gibt es ansonsten eine bestimmte Anzahl von teilnehmenden Personen, bis zu deren Höchstzahl kein Mindestabstand und kein MNS einzuhalten ist? In den Medien wurde kolportiert, dass bei Kinder- und Jugendlagern kein Mindestabstand und keine Verpflichtung zum Tragen eines MNS besteht, sofern die Gruppe aus max. 20 Kindern besteht. Gibt es eine analoge Anwendung bzw. ähnliche Ausnahme für Sitzungen?

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

Antwort:

**Zu Sitzungen des Gemeinderates und des Gemeindevorstandes:**
Wie Sie schon richtig ausführen, sind Tätigkeiten im Wirkungsbereich der Organe der Gesetzgebung und Vollziehung (= Gemeinderat, Bürgermeister, Gemeindevorstand) gem § 11 Abs 3 vollumfänglich von der Anwendung der COVID-19-LockerungsVO ausgenommen. Im Rahmen der Vollziehung der Gesetze (eigener und übertragener Wirkungsbereich) sind die Vorgaben für Zusammenkünfte daher nicht anwendbar.

**Zum Abfallwirtschaftsverband:**
Abfallwirtschaftsverbände sind je nach Bundesland unterschiedlich organisiert. Gängig ist etwa die Organisationsform von Gemeindeverbänden. Gem Art 116a Abs 1 B-VG ist es Gemeinden möglich, sich „zur Besorgung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches [...] durch Vereinbarung zu Gemeindeverbänden zusammenschließen". Die betreffende Vollziehungskompetenz der Gemeinde wird somit lediglich auf einen Gemeindeverband übertragen, der diese stellvertretend für die Gemeinde ausübt. Lt. § 85 Abs 1 der Kärntner Gemeindeordnung kommt den Gemeindeverbänden „hinsichtlich der von ihnen zu besorgenden Angelegenheiten dieselbe Stellung zu, wie sie den Gemeinden hinsichtlich dieser Angelegenheiten zukommt, wenn sie keinen Gemeindeverband bilden." Als Gemeindeverbände organisierte Abfallwirtschaftsverbände sind daher ebenso als Organe der Vollziehung iSd § 11 Abs 3 anzusehen und vollumfänglich von der COVID-19-LockerungsVO ausgenommen.
Abfallwirtschaftsverbände die als juristischen Personen des Privatrechts errichtet wurden (insb. GmbHs oder Vereine) sind gem § 10 Abs 11 Z 6 von den umfassenden Regelungen hinsichtlich Höchstanzahlen von Personen im Rahmen von Veranstaltungen explizit ausgenommen. Fraglich ist, ob sich eine Abstandspflicht von 1m aus anderen Bestimmungen der VO ableiten lässt. Jedenfalls handelt es sich nicht um öffentliche Orte, da der Zutritt zu Sitzungen des Vorstands, der Geschäftsführung, Haupt- und Generalversammlungen nur einem beschränkten Personenkreis offensteht. Allerdings gehören derlei Zusammenkünften für die TeilnehmerInnen möglicherweise zu ihrer beruflichen Tätigkeit, weshalb ihr Ort wohl als Ort der beruflichen Tätigkeit im Sinn von § 3 COVID-19-LV gilt. Das könnte zur Folge haben, dass das Abstandsgebot bei Sitzungen des Vorstands, der Geschäftsführung, Haupt- und Generalversammlungen gilt, wenn ihm nicht die Ausnahme des § 10 Abs 11 Z. 6 vorgeht. Eine Höchstanzahl von Personen sowie eine MNS-Pflicht gilt auch hier jedenfalls nicht. Unabhängig von der Rechtslage ist die Einhaltung eines 1m-Abstandes aus hygienischer Sicht ohnehin empfehlenswert.

**Zu sonstigen Zusammenkünften:**
Bezüglich Höchstanzahlen von Personen, Mindestabständen und MNS-Pflicht in weiteren Bereichen ist auf die betreffende VO zu verweisen: https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20011162. In dieser finden sich zahlreiche nach Bereichen differenzierte Regelungen (insb. für Veranstaltungen).

## 3. Corona kostete St. Pölten fast 15 Millionen Euro

Zu groß sind die Einbußen, die das finanzkräftige St. Pölten erlitten hat. Vor einer möglichen zweiten Welle fehlen schon jetzt Steuereinnahmen in der Höhe von 15 Millionen Euro. Es ist ein finanzieller Blindflug, auf dem sich die Gemeinden krisenbedingt derzeit befinden. Auch das wirtschaftlich so gut aufgestellte St. Pölten, wo man mehr Arbeitsplätze als Einwohner verzeichnet, ist keine Ausnahme. Wie viel Geld die Krise kosten wird, stand zwar auch bei der Präsentation des neuen Rechnungsabschlusses noch nicht fest. Einen aktuellen Einblick gewährten Stadtchef Matthias Stadler und Finanzdirektor Thomas Wolfsberger dann aber doch. Demnach liegen die Einbußen bei Steuereinnahmen insgesamt bereits bei fast 15 Millionen Euro. Hinzugekommen seien kurzfristig notwendig gewordene Ausgaben. „Wir haben knapp 250.000 Euro in Desinfektionsmittel und Masken für Schulen investiert", erklärt Stadler. Auch eine Subventionierungswelle zur Rettung der Sportvereine soll folgen. Möglich sei all das aber nur, weil man in St. Pölten, so zeigt es auch die aktuelle Bilanz, gut dasteht. In seiner Funktion als Vorsitzender des Niederösterreichischen Städtebundes warnt Stadler aber: „Vor allem in den kleineren Gemeinden muss die Hilfe vom Bund rasch ankommen!"

Österreichischer Städtebund

## 4. Hygieneleitfaden für sichere Gemeinderats-Wahlen am 28. Juni

Das Büro der Landeswahlbehörde hat unter Einbindung des Gesundheitsministeriums, der Landesamtsdirektion sowie des Gemeinde- und Städtebundes einen Hygiene-Leitfaden für die Gemeinde- und Sprengelwahlbehörden ausgearbeitet, dessen Beachtung im Wahllokal ein sicheres Wählen ermöglicht. Dieser Leitfaden ist unter www.wahlen.steiermark.at abrufbar.

## 5. Steiermark-Wahlen: Wahlbehörde empfiehlt Mundnasenschutz

Vier Tage vor den steirischen Gemeinderatswahlen in 285 Kommunen (alle außer Graz) hat die Wahlbehörde des Landes Steiermark noch einmal einen Appell für den Mundnasenschutz ausgegeben. Das Tragen eines MNS werde "dringend empfohlen", so Manfred Kindermann, Leiter des Referats Gemeinderecht und Wahlen, zur APA. Man wolle alles tun, um eine Ansteckung mit dem Coronavirus zu vermeiden. Es besteht eine "Besonderheit" bei dieser Wahl, sagte Kindermann. Es ist die erste Wahl in Corona-Zeiten und sie erfordert spezielle Hygiene-Maßnahmen. Die Sicherheitsstandards "schließen eine Ansteckung fast aus", ist Kindermann überzeugt und nannte diverse Schutzmaßnahmen und Instrumente. WählerInnen sollen beispielsweise möglichst selbst einen Kugelschreiber mit in die Wahlkabine nehmen. Wer keinen mit hat, bekommt einen Einwegkugelschreiber. Die WahlleiterInnen werden immer wieder desinfizieren und lüften sowie WählerInnen, die ihre Stimme schon in die Urne geworfen haben, ersuchen, das Wahllokal zu verlassen. Ordnungspersonen sollen am Eingang darauf achten, dass nicht zu viele Menschen auf einmal im Wahllokal sind. Außerdem wird WählerInnen, die ohne Maske kommen, ein Mundnasenschutz zum Tragen gegeben.

## 6. GVV Burgenland zur finanziellen Lage der Burgenländischen Gemeinden

Wie die kürzlich ergangene Ertragsanteilsvorschau (Juli -23%) zeigt brechen die Ertragsanteile weiter dramatisch ein. Das Finanzministerium musste deshalb seine offensichtlich viel zu optimistisch eingeschätzten Rückgange der Ertragsanteile vom April revidieren, sodass auch diese prognostizierten Mittel nicht eingehalten werden können. Laut internen Grobschätzungen für unsere burgenländischen Städte und Gemeinden bedeutet dies, dass von den Einbrüchen dieser Gemeindejahreseinnahmen

a) die Ertragsanteile der Gemeinden sogar mit 10 – 15 % betroffen sein könnten,
b) aber auch der länderweise Topf für die BZ-Mittel nur vermindert vorhanden ist und
c) auch das örtliche Kommunalsteueraufkommen mit 10 – 12 % (je Gemeinde unterschiedlich) einbrechen könnte.

## 7. Gemeinden limitieren Badeteich-Karten

Eine Art Domino-Effekt gibt es momentan an einigen Badeteichen im Wiener Umland. Nur für Gemeindeeinwohner gibt es dort Saisonkarten. Der Grund für den exklusiven Badespaß: In Corona-Zeiten muss man Abstand halten. Daher limitieren viele Gemeinden schon jetzt den Ticketverkauf. Volksanwalt Werner Amon hat auf Amtswegen eine Prüfung eingeleitet. "Das scheint gleichheitswidrig zu sein", sagte er zum Kurier.

Mehr dazu: https://kurier.at/chronik/niederoesterreich/gemeinden-machen-badeteiche-fuer-auswaertige-dicht/400944530

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

## 8. ABC-Abwehreinheit in Stockerau im Einsatz

In Stockerau war aufgrund der jüngsten Coronavirus-Fälle am Freitag die ABC-Abwehrtruppe im Einsatz. Bis Samstagfrüh desinfizierte die Einheit aus der Korneuburger Dabsch-Kaserne nach Angaben von Kommandant Jürgen Schlechter das Rathaus, die Volksschule und den Kindergarten. 80 Personen waren dazu an Ort und Stelle.
Im Fokus stehen Schlechter zufolge an allen Orten sogenannte Kontaktflächen. Dies seien Bereiche, an denen "Menschen nahe aneinander gekommen sind". Exemplarisch genannt wurden Türschnallen, Kaffeeautomaten sowie Arbeitsplätze, die mehreren Personen zur Verfügung stehen. Weiters im Mittelpunkt der Desinfektionstätigkeiten stehen nach Angaben des Kommandanten Bereiche, in denen sich nachweislich Infizierte aufgehalten haben.
Angewendet werden seitens der ABC-Abwehreinheit mehrere Verfahren. "Am häufigsten ist aber die Wischdesinfektion", betonte Schlechter. Desinfektionsmittel werde dabei mittels Tuch aufgetragen, nach einer Einwirkzeit werden die entsprechenden Flächen gereinigt. In kleineren Räumen könne auch Aerosol ausgebracht werden. Notwendig wurde die Anforderung der ABC-Abwehreinheit in der größten Stadt des Weinviertels, weil es sowohl im Rathaus als auch in Kindergarten und Volksschule bestätigte Coronavirus-Fälle gab. Konkret betroffen waren vier Mitarbeiter der Gemeinde sowie je ein Volksschul- und Kindergartenkind. 25 weitere Personen wurden unter behördliche Quarantäne gestellt. Zu ihnen gehört auch Bürgermeisterin Andrea Völkl.

## 9. Neuer Salzburg-Cluster: 14 Infizierte in einer Woche

Innerhalb von einer Woche sind nach einer Veranstaltung am Montag in der Stadt Salzburg bis Sonntagabend 14 Corona-Fälle aufgetreten. Am Samstagabend erhielten ein weiterer hochrangiger Arzt des Uniklinikums sowie ein Pensionist ein positives Testergebnis. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat alleine 30 Mitarbeiter abgestellt, die für die Aufarbeitung des neuen "Covid-Cluster A" sorgen. Wie die Stadt Salzburg in einer Presseaussendung am Sonntagabend bekannt gab, gehe man von weiteren Fällen aus. Sogar Kontaktpersonen der Kategorie 2 waren erkrankt, die als mittelbar gefährdet galten. Bei der Bezirksverwaltungsbehörde wurden insgesamt 33 Menschen der Kontakt-Kategorie 1 und 31 Menschen der Kontakt-Kategorie 2 geführt.
Nach der Person, die diese Infektionen am Montag ausgelöst hat, suchte man intensiv. 30 MitarbeiterInnen der Verwaltung würden auch am Wochenende eingesetzt, um das Virus eingrenzen zu können. Derzeit konzentriere man sich auf 39 Personen, die einen Anhaltspunkt zum Cluster liefern könnten. Insgesamt zählte man in der Stadt Salzburg sechs Fälle, vier im Bezirk Hallein, drei im Bezirk Salzburg-Umgebung und einen im Bezirk St. Johann im Pongau

## 10. Wiener Gemeinderat fordert Amnestie für bestimmte Corona-Strafen

Der Wiener Gemeinderat verabschiedete am Mittwoch einen von den Regierungsparteien SPÖ und Grünen eingebrachten Resolutionsantrag, in dem die türkis-grüne Bundesregierung angehalten wird, eine Amnestie für bestimmte Corona-Strafen zu erlassen. Eine Sprecherin des SPÖ-Rathausklubs betonte auf APA-Nachfrage, dass keine General-Amnestie gefordert wird. Konkret umfasst der Antrag all jene, die eine Verwaltungsstrafe für das Betreten öffentlicher Orte bekommen haben, um zu privaten Räumlichkeiten zu kommen. "Für diese Strafen gibt es keine Rechtsgrundlage", verwies die SPÖ-Rathausklub-Sprecherin auf eine Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts Wien. Betroffen vom Antrag sind alle bereits rechtskräftig verhängten Verwaltungsstrafen in diesem Zusammenhang: "Das heißt in der Praxis, es müssten alle rückabgewickelt werden." Um Missverständnisse auszuräumen, stellte die Sprecherin klar: "Es handelt sich um keine General-Amnestie."
Im eingereichten Resolutionsantrag wird das Ansinnen unter anderem folgendermaßen argumentiert: "Die Tatsache, dass zahlreiche Personen in Österreich zum Teil ohne schuldhaftes Verhalten, zum Teil auch aufgrund sehr geringen Unrechtsgehaltes hohe Strafen erhalten haben, macht eine Amnestie oder ein sonst geeignetes Vorgehen sinnvoll. Ein koordiniertes einheitliches Vorgehen in ganz Österreich würde Rechtssicherheit schaffen."

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

## 11. Über 42 Prozent der BewohnerInnen von Ischgl haben Antikörper

42,4 Prozent der Bevölkerung des Tiroler Wintersportorts Ischgl dürften Antikörper gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 haben – das ist der weltweit höchste bisher publizierte Wert, wie eine heute vorgestellte Studie der Medizinischen Universität Innsbruck ergab.
Der Anteil der positiv auf Antikörper Getesteten liege etwa sechs Mal höher, als die Zahl der zuvor mittels PCR-Test positiv getesteten Personen, sagte Studienleiterin Dorothee van Laer, die Direktorin des Instituts für Virologie, bei der Präsentation der Studie. Die Rate der offiziell gemeldeten Fälle beträgt damit nur 15 Prozent der de facto Infizierten. 85 Prozent haben die Infektion unbemerkt durchgemacht. Trotzdem könne auch in Ischgl nicht von einer Herdenimmunität ausgegangen werden, die Bevölkerung des Wintersportorts dürfte aber zu einem Gutteil geschützt sein. Entscheidend für den Rückgang der Fälle seien die Quarantäne und die soziale Distanz gewesen, hieß es. 42,4 Prozent CoV-Antikörper bei Erwachsenen, 27 Prozent bei Kindern unter 18 Jahren, das ist laut Petter Willeit, Epidemiologe an der Innsbrucker Universitätsklinik der Neurologie, Rekord: „In keiner anderen Studie hatte ein so hoher Prozentsatz an StudienteilnehmerInnen Antikörper gegen SARS-CoV-2 im Blut.

Mehr dazu: https://www.i-med.ac.at/pr/presse/2020/40.html

## 12. Antikörpertests in Reichenau: 6,5 Prozent haben Antikörper

Bei den Coronavirus-Untersuchungen in Reichenau an der Rax (Bezirk Neunkirchen) am Wochenende wiesen 121 der 1.874 getesteten Personen Antikörper auf. Das entspricht einem Wert von 6,5 Prozent. Nun werden auch die Personen mit Zweitwohnsitz in Reichenau getestet. Reichenau an der Rax galt am Höhepunkt der Coronavirus-Pandemie als einer der Hotspots in Niederösterreich. In der Gemeinde waren offiziell 79 Erkrankte registriert worden. Nachdem aber 121 Personen Antikörper aufweisen, heißt das im Umkehrschluss, dass 42 Personen ihre Covid-19-Erkrankung nicht als solche erkannt oder möglicherweise fast keine Symptome aufgewiesen hatten.

Mehr dazu: https://noe.orf.at/stories/3054723/

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

# Europa und International

## 1. Deutscher Städte- und Gemeindebund warnt vor sozialen Konflikten durch Corona

Der Corona-Ausbruch bei Deutschlands größtem Fleischproduzenten Tönnies in Nordrhein-Westfalen droht, außer Kontrolle zu geraten. Angesicht der teils heftigen Ausbrüche und einhergehenden Einschnitten im Alltag warnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund nun vor möglichen sozialen Konflikten.
"Wir dürfen Menschen nicht diskriminieren oder benachteiligen, die zum Beispiel im Niedriglohnbereich unter schlechten Wohnverhältnissen die preiswerte Fleischproduktion in bestimmten Betrieben gewährleistet haben", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Er hob hervor, man dürfe Menschen, die in beengten Verhältnissen wohnen, keinen Vorwurf machen, weil es dort eher zu Infektionen kommen kann.
Es seien insbesondere die Betriebe gefordert, für anständige Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen, aber insbesondere auch für Wohnverhältnisse, in denen ausreichende Hygienestandards gewährleistet werden können.

## 2. Städtische Bäder in Frankeich im Ausnahmemodus

Berichte über Lyon, Montpellier und Straßburg zeigen, dass die öffentlichen Bäder in französischen Städten in diesem Jahr nur sukzessive öffnen, teilweise erst Ende Juni. In den Bädern ist das Tragen von Masken in bestimmten Bereichen verpflichtend, viele Einrichtungen wie Schließfächer, Haartrockner oder Gemeinschaftsbereiche bei Duschen und Umkleidekabinen sind gesperrt. Außerdem ist eine Maximalzahl festgelegt, wie viele Badegäste sich gleichzeitig im Bad aufhalten dürfen. Da der Aufenthalt auf eine bestimmte Zeitspanne reduziert ist, werden Badegäste gebeten, schon in der Badehose zu kommen, um Zeit zu sparen. In Lyon wird dieses Jahr zusätzlich zu den vier Städtischen Bädern in einem Park auf die Dauer von zwei Monaten ein fünftes Bad installiert. Dort gibt es zwei Becken, eine Spielfläche für Kinder und rund 2.000 Quadratmeter Rasenfläche. Je nach Bad dürfen sich maximal 80 bis 150 Personen gleichzeitig in einem Bad aufhalten. Der Aufenthalt für eine Person ist nur in einem Slot von zwei Stunden und maximal zwei Mal pro Woche möglich. Zutritt hat man nur nach vorheriger Reservierung und unter Vorlage eines Adressnachweises. Denn die Bäder sind in diesem Jahr nur für Bewohnerinnen und Bewohner von Lyon reserviert. Auch in Montpellier ist der Zutritt nur mit Reservierung möglich. Diese kann jeweils am Montagvormittag für die kommende Woche durchgeführt werden. Jede Person kann pro Woche maximal zwei Mal für 1,5 Stunden bleiben. Es gibt eine Möglichkeit, Beutel in einem überwachten Bereich zu deponieren. Außerdem muss man sich mit Seife waschen, bevor man die Becken betritt. In Straßburg öffnen vorerst vier der acht Bäder. Die Bäderverwaltung hat die Belüftung der Hallenbäder verstärkt und spült die Filter öfter als üblich. Je nach Bad haben maximal 100 bis 200 Personen gleichzeitig Zutritt. Am Vormittag ist ein Bäderbesuch ohne Reservierung möglich, am Nachmittag muss man für einen Timeslot von zwei bis drei Stunden reservieren. Zwischen diesen festgelegten Timeslots werden die Bäder jeweils für 30 Minuten geschlossen, um Desinfektionsmaßnahmen durchzuführen.

## 3. Studie: Zins- und Anlagemanagement in Zeiten digitaler Plattformen

Die fiskalische Situation zahlreicher Kommunen in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren vor dem Hintergrund gestiegener Steuereinnahmen und einer sinkenden Zinsbelastung weiter entspannt. Die Corona-Krise jedoch könnte die Haushaltssituation der deutschen Städte und Gemeinden wieder verschärfen. Im Zins- und Schuldenmanagement sehen Kommunen vor allem Herausforderungen im sozialen Bereich und durch fehlende Steuereinnahmen. Ein aktives Zins- und Schuldenmanagement ist zur strategischen Steuerung in den Kommunen weit verbreitet. Weniger als die Hälfte der Kommunen agieren portfolio-, etwas mehr als die Hälfte einzelkreditorientiert.

Grafik: Stadt Wien

Eine Gegenüberstellung mit den Schuldenklassen zeigt, dass nicht nur hoch verschuldete Kommunen ein aktives Schulden- und Zinsmanagement betreiben. Zu diesen Ergebnissen kommt die empirische Studie „Kommunales Zins- und Anlagenmanagement in Zeiten digitaler Plattformen“, die das KOWID Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig in Kooperation mit der ING, komuno und S-Kompass von Giro Solution (Sparkassen-Finanzgruppe) durchgeführt hat. Unterstützt wurde die Studie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Es beteiligten sich 128 deutsche Kommunen ab 20T Einwohner. Vereinzelt wurden ferner Interviews mit kommunalen/kommunalnahmen Unternehmen geführt.

Die vollständige Studie in **Beilage3**.

## 4. EuroComm Bericht zur Entwicklung der Infektionszahlen in Ost- und Südosteuropa

Im beiliegenden Bericht gibt EuroComm einen kompakten Überblick der Zuwachsraten in Ost- und Südosteuropa. Zudem wird darüber berichtet, welche Maßnahmen in den betreffenden Staaten gesetzt wurden und werden.

Mehr dazu in **Beilage4**

Österreichischer Städtebund

# Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

## 1. Online-BürgerInnendialog; Städtepartnerschaften in Zeiten der cov19-Krise

Die deutsche überparteiliche Bürgerdialogreihe ***„Europa – Wir müssen reden!“*** findet Ende Juni erstmals als Videokonferenz statt. Die Dialogreihe wird durch die deutsche Bundesregierung, das Deutsche Außenministerium und ua der deutschen kommunalen Verbände unterstützt. Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig miteinander statt übereinander zu reden. Die cov19-Krise fordert Einzelne, die Gesellschaft und die EuropäerInnen in den Kommunen. Welchen Beitrag können Städtepartnerschaften zur Lösung von aktuellen Problemen in der Gesellschaft leisten? Wie solidarisch sind wir in der Krise mit unseren europäischen NachbarInnen? An der Diskussion Ende Juni nimmt ua Oberbürgermeister Peter Kleine, Stadt Weimar, teil.

Mehr dazu: https://www.europa-union.de/buergerdialoge/europa-wir-muessen-reden/

## 2. Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC):

Um eine verlässliche Informationsbasis für die EU-Mitgliedstaaten zur weiteren Entscheidungsfindung (zB bzgl Reisebeschränkungen an den EU-Außengrenzen) zu erhalten, wird zZt an einer Tabelle/Liste gearbeitet, in welcher für jeden Drittstaat (das betrifft über 100 Staaten!!) die Infektionszahlen in den letzten 14 Tagen pro 100.000 EinwohnerInnen, der Trend sowie evtl die Kapazitätenbewertung auf Basis der *International Health Regulations* (IHR) aufgelistet werden sollen. Weitere qualitative Indikatoren sind angedacht zB die Anzahl der täglichen Testungen, der Zustand des Gesundheitssystems etc. Die Staats- und Regierungschefs werden aufgrund dieser Liste entscheiden, für welche Drittstatten es weiterhin Reisewarnungen und Beschränkungen ausgesprochen werden.

Mehr dazu: https://europa.eu/european-union/about-eu/agencies/ecdc_de

## 3. Europäische Kommission: Europäische Strategie für cov19-Impfstoffe

Ein sicherer, wirksamer und allgemein verfügbarer Impfstoff ist wichtig für das Comeback Europas. Um Unternehmen bei der raschen Entwicklung und Herstellung zu unterstützen, möchte die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten ua Garantien mit einzelnen Impfstoffherstellern vereinbaren.

**Presse:** https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1103
**Strategie:** https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-strategy-vaccines-covid19_de.pdf

## 4. Europäisches Parlament: (Ausschüsse inkl. Abstimmungen bis auf weiteres mittels digitaler Fernteilnahme)

**22 Juni:** Aussprache im Umweltausschuss mit KOM Stella Kyriakides (Gesundheitskommissarin) über eine EU-Strategie für cov19-Impfstoffe
AT Abgeordnete im ENVI: Bernhuber, Sidl, Wiener
**22 Juni:** Verhandlungen im Budgetausschuss (BUDG) zu MFR, EU-Eigenmittel und EU-Aufbauplan
AT Abgeordnete im BUDG: Vana, Winzig

Mehr dazu: https://www.europarl.europa.eu/committees/de/home

Grafik: Stadt Wien

Österreichischer Städtebund

## 5. Rat der EU

Informelle MinisterInnentreffen per Video:
23 Juni: UmweltMin; BildungsMin; 29 Juni: LandwirtschaftsMin; 23 Juni: UmweltMin; BildungsMin;
Ratsarbeitsgruppen finden virtuell statt statt; COREPER 1 & 2 und bereits einige Ratsarbeitsgruppen (RAG) finden wieder mit physischem Präsenz statt.

Grafik: Stadt Wien